



22.068

**Zukünftige Ausrichtung
der Agrarpolitik.
Bericht des Bundesrates in Erfüllung
der Postulate WAK-S 20.3931
und WAK-N 21.3015**

**Orientation future
de la politique agricole.
Rapport du Conseil fédéral en réponse
aux postulats CER-E 20.3931
et CER-N 21.3015**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.12.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.12.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

20.022

**Agrarpolitik ab 2022
(AP22+)**

**Politique agricole à partir de 2022
(PA22+)**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.12.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.03.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.03.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.06.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.12.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.12.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Wir führen eine gemeinsame Eintretensdebatte zu den Vorlagen 1 bis 3 des Geschäftes 20.022. In diese Debatte integrieren wir auch die Diskussion zum Geschäft 22.068.

Hegglin Peter (M-E, ZG), für die Kommission: Vor zwei Jahren nahmen wir die Beratungen der Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022 auf. Die Botschaft umfasste vier Vorlagen: Vorlage 1 zum Landwirtschaftsgesetz, Vorlage 2 zum Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht, Vorlage 3 zum Tierseuchengesetz sowie Vorlage 4, einen Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2022 bis 2025.

Vorlage 4 haben wir damals beraten, sie ist erledigt. Die Vorlagen 1 bis 3 haben wir sistiert. Wir haben den Bundesrat beauftragt, zuerst einen Bericht vorzulegen, der langfristige Perspektiven für die Landwirtschaft





aufzeigt. Mittels der Postulate 20.3931 der WAK-S und 21.3015 der WAK-N haben wir dem Bundesrat den entsprechenden Auftrag gegeben. Dazu gehören Massnahmen, die es ermöglichen, dass die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft künftig einen noch grösseren Beitrag an die Ernährungssicherheit leisten kann. Das gesamte Ernährungssystem von der Produktion bis zum Konsum soll in die Überlegungen einbezogen werden. Dazu soll die Agrarpolitik in Richtung einer ganzheitlichen Politik für gesunde Ernährung und nachhaltige Lebensmittelproduktion erweitert werden. Die Kreisläufe aller Nährstoffe über die gesamte Wertschöpfungskette, inklusive Konsum, sollten möglichst weitgehend geschlossen werden.

Die agrarpolitischen Instrumente seien bezüglich Komplexität zu reduzieren, und es sei auf besonders wirksame zu fokussieren. Damit soll der administrative Aufwand für die Landwirtschaft und beim Bund reduziert werden. Es seien Rahmenbedingungen für eine möglichst grosse unternehmerische Freiheit und wirtschaftliche Perspektiven für die Land- und Ernährungswirtschaft zu schaffen. Die Wettbewerbsverzerrungen zwischen Inlandproduktion und Importen aufgrund unterschiedlicher gesetzlicher Vorschriften für die Produktion seien unter Berücksichtigung internationaler Verpflichtungen zu reduzieren, und schlussendlich seien auch Massnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung vorzusehen.

Mit der Publikation seines Berichtes vom 22. Juni ist der Bundesrat diesem Auftrag nachgekommen. Der Bericht zeigt auf, wie die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft künftig einen noch grösseren Beitrag an die Ernährungssicherheit leisten kann, und bezieht, wie vom Parlament gefordert, das gesamte Ernährungssystem von der Produktion bis zum Konsum in die Überlegungen mit ein. Aufbauend auf dem Landwirtschaftsartikel und dem Artikel zur Ernährungssicherheit in der Bundesverfassung, lautet die Vision des Bundesrates für 2050: Ernährungssicherheit durch Nachhaltigkeit, von der Produktion bis zum Konsum. In einem entsprechenden Zukunftsbild zeigt der Bundesrat, wie die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft im Zeithorizont 2050 dieses Ziel erreichen kann. So soll die Inlandproduktion im Jahr 2050 weiterhin mehr als die Hälfte der nachgefragten Lebensmittel

AB 2022 S 1273 / BO 2022 E 1273

herstellen. Die Arbeitsproduktivität soll gegenüber 2020 um 50 Prozent gesteigert werden, und die Treibhausgasemissionen der Produktion sollen mindestens 40 Prozent unter dem Niveau von 1990 liegen.

Doch auch die Verarbeiter und die Konsumenten müssen ihren Beitrag leisten. So sollten im Vergleich zu heute die Lebensmittelverluste entlang der ganzen Wertschöpfungskette um drei Viertel reduziert werden und die Treibhausgasemissionen des Lebensmittelkonsums um zwei Drittel sinken.

Der Bundesrat legt vier Stossrichtungen fest, um diese Ziele zu erreichen:

1. Eine resiliente Lebensmittelversorgung ist sicherzustellen. Die Produktionsgrundlagen wie zum Beispiel Boden und Wasser werden schonend genutzt. Den Auswirkungen des Klimawandels wird durch vorausschauendes Handeln begegnet. Die Lieferketten bleiben stabil.
2. Eine klima-, umwelt- und tierfreundliche Lebensmittelproduktion ist zu fördern. Die Landwirtschaft trägt verstärkt zum Klimaschutz bei und erhöht die Produktion erneuerbarer Energie. Die Landwirtinnen und Landwirte vermindern Nährstoffverluste und die Risiken bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln.
3. Eine nachhaltige Wertschöpfung ist zu stärken. Die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft wird weiter verbessert. Neue Ernährungstrends werden proaktiv genutzt. Die agrarpolitischen Instrumente werden vereinfacht und der administrative Aufwand verringert.
4. Der nachhaltige Konsum ist zu begünstigen. Die Konsumentinnen und Konsumenten kennen die Herstellungsmethoden der Lebensmittel sowie deren Wirkung auf das Klima oder das Tierwohl. Sie achten auf eine gesündere und ausgewogenere Ernährung und werfen keine Lebensmittel weg, die noch geniessbar wären. Diese Strategie soll jetzt in drei Etappen umgesetzt werden. Die erste Etappe hat der Bundesrat mit der parlamentarischen Initiative 19.475, "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren", bereits beschlossen. Wir haben diesbezüglich auch legiferiert. Damit wird der ökologische Fussabdruck weiter verkleinert, und es wurden ambitionierte Ziele für die Branche definiert. Eine zweite Phase soll gewisse noch nicht umgesetzte Elemente der AP22+ sowie gezielte Verbesserungen der ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft bringen. Das entspricht der heute zu diskutierenden Gesetzesvorlage. In einem dritten Schritt soll nach einer Auslegeordnung in den Jahren 2025 und 2026 in einer weiterführenden Reform der Fokus verstärkt auf das gesamte Ernährungssystem gerichtet werden.

Mit dem Bericht "Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik" erfüllt der Bundesrat somit die beiden Postulate von Ständerat und Nationalrat. Er bildet aus der Sicht der Kommission eine robuste Grundlage für die weitere Beratung der AP22+. Die WAK-S begrüsst deshalb diesen ganzheitlichen Ansatz ausdrücklich. Sie ist sich bewusst, dass die im Bericht formulierten Ziele hochgesteckt sind. Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Herausforderungen für die Landwirtschaft sowie die Umsetzung der vom Parlament beschlossenen



parlamentarischen Initiative 19.475 lassen diese Ziele noch ehrgeiziger erscheinen.

An vier Sitzungen haben wir die Vorlage unter Teilnahme von Bundesrat Parmelin und einer Vertretung des Bundesamtes für Landwirtschaft beraten. Wie der Bundesrat mit seinem Bericht will auch die WAK bei der Umsetzung der Agrarpolitik etappenweise vorgehen. Im Landwirtschaftsgesetz soll der Fokus zum jetzigen Zeitpunkt vor allem auf eine Ergänzung der bereits umgesetzten parlamentarischen Initiative 19.475 gelegt werden, dies vor allem mit Massnahmen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich oder mit Massnahmen zur besseren Strukturierung der gesetzlichen Bestimmungen. Aufnahme fanden Beiträge zur Verbilligung der Prämien von Ernteversicherungen – sie waren in der Kommission unbestritten – ebenso wie Massnahmen für einen verbesserten Sozialversicherungsschutz von mitarbeitenden Familienmitgliedern oder in Partnerschaft lebenden Mitarbeitenden. Damit hat die Kommission auch Anliegen angenommener Motionen aufgenommen. Im Sinn der Empfehlung des Bundesrates beantragt die Kommission, derzeit auf eine gesetzliche Anpassung des ökologischen Leistungsnachweises sowie der Kulturlandschafts-, der Versorgungssicherheits- und der Übergangsbeiträge zu verzichten. Die AP22+ wird um diese Bestimmungen entschlackt. Sie finden diese Streichungen ab Artikel 70 in der Vorlage. Auch bei weiteren Bestimmungen beantragt die Kommission, dem Entwurf des Bundesrates zu folgen, und verzichtet somit auf einen nach Tierkategorie abgestuften Beitrag zur zielgerichteten Förderung der Tiergesundheit und auf eine Reduktion der maximalen Hofdüngerausbringung im Gewässerschutzgesetz.

Der im Entwurf des Bundesrates enthaltenen Zusammenlegung von Vernetzungs- und Landschaftsqualitätsbeiträgen stimmte die Kommission zu. Sie spricht sich jedoch für eine gegenüber dem bundesrätlichen Entwurf vereinfachte Lösung aus. Vertieft diskutierte die Kommission auch, ob und wie klimapolitische Zielvorgaben und Massnahmen ins Landwirtschaftsgesetz aufgenommen werden könnten. Dazu verlangte sie detaillierte Abklärungen. Nach eingehender Diskussion verzichtete die Kommission darauf, bei Artikel 2 oder Artikel 6d Massnahmen zu klimapolitischen Zielen und zur Senkung von Treibhausgasemissionen aufzunehmen. Die Ziele des Bundesrates im Klimabereich sind aus Sicht der Mehrheit wichtig und unterstützenswert. Sie sind auch dann verbindlich, wenn sie nicht explizit im Landwirtschaftsgesetz verankert sind. Den Antrag, analog zum Absenckpfad für Nährstoffverluste einen Ausbaupfad Tierwohl mit konkreten Zielvorgaben ins Gesetz aufzunehmen, lehnte die Kommission ebenfalls ab. Die Anpassungen im Tierseuchengesetz – Entwurf 3 – waren in der Kommission unbestritten und sollen angenommen werden.

Das sind, kurz umrissen, die wichtigsten Entscheide bezüglich der Gesetzesvorlage. Ich werde dann in der Detailberatung darauf zurückkommen.

Jetzt noch zu den Motionen, die die Kommission eingereicht hat: Mit der Kommissionsmotion 22.4253 gibt die WAK Ihres Rates dem Bundesrat den Auftrag, die im Rahmen der AP22+ ursprünglich geplante Revision des Bodenrechts separat weiterzuverfolgen. Sie beantragt deshalb, nicht auf Vorlage 2 einzutreten, sondern diese Thematik separat zu behandeln. Mit einer weiteren Kommissionsmotion, der Motion 22.4251, soll der Bundesrat beauftragt werden, seinen im Postulatsbericht 20.3931 skizzierten Konzeptvorschlag zur Zukunft der Agrarpolitik zu konkretisieren und bis Ende 2027 eine neue Botschaft für die nächste Etappe der Agrarpolitik vorzulegen, dies aber unter Einbezug des gesamten Ernährungssystems. Auch ein Kommissionspostulat für mehr Transparenz in der Preisbildung entlang der Wertschöpfungskette fand mit 8 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Mehrheit.

Die Kommission beantragt einstimmig, die Motion 21.4186, "Höchste Zeit für eine Ernteversicherung", und die Motion 19.3447, "Nationales Kompetenzzentrum zur Bodenverbesserung des ackerfähigen Kulturlandes", abzulehnen, da sie erfüllt sind.

Ich beantrage namens der WAK, auf die Vorlagen 1 und 3 einzutreten, den Mehrheitsanträgen zuzustimmen und auf Vorlage 2, wie schon gesagt, nicht einzutreten und diese separat zu behandeln.

Thorens Goumaz Adèle (G, VD): Nous sommes tous d'accord sur un point: l'agriculture fait face à des défis majeurs, que ce soit au niveau économique, écologique ou social. Le projet initial proposé par le Conseil fédéral pour la Politique agricole à partir de 2022 (PA22+) en prenait la juste mesure. C'était un bon projet, qui aurait pu constituer un point de départ crédible pour nos discussions. Qu'en reste-t-il aujourd'hui?

Nous avons suspendu le traitement de la politique agricole pendant deux ans, dans l'attente d'un rapport, qui est maintenant entre nos mains. Ce rapport donne des orientations pertinentes pour l'avenir de notre agriculture. Son premier mérite est certainement d'avoir mis en relief ce que l'on doit bien appeler un éléphant dans la pièce, à savoir l'importance du rôle des consommateurs.

AB 2022 S 1274 / BO 2022 E 1274

Ces dernières années, les agricultrices et agriculteurs ont souvent eu l'impression d'être injustement montrés





du doigt et stigmatisés, en particulier au sujet de l'impact écologique de l'agriculture. Ce sentiment d'injustice est en grande partie légitime. Les agriculteurs ne peuvent en effet pas, à eux seuls, porter sur les épaules la transition écologique de leur secteur. Nous avons besoin pour cela de l'engagement de l'ensemble des acteurs: celui des agriculteurs et agricultrices, mais aussi celui des consommateurs et consommatrices, qui se situent à l'autre bout de la chaîne, et, entre ces deux pôles, nous avons besoin de tous les acteurs de la transformation et de la distribution pour réaliser cette transition.

Les agricultrices et agriculteurs ne peuvent par exemple pas réduire à eux seuls l'impact de l'agriculture sur la biodiversité, même si ce sont évidemment eux qui appliquent les méthodes agricoles ou utilisent les produits problématiques. La demande de la grande distribution et des consommateurs pour des produits homogènes et esthétiquement parfaits joue aussi un rôle dans cette problématique. C'est également le cas des marges trop élevées prélevées sur les produits bios par la grande distribution qui condamnent le bio à rester un marché de niche; ou encore, c'est le cas du fait que l'on gaspille un tiers des aliments que nous cultivons, que nous produisons, ce qui débouche sur une pression accrue sur la productivité dans l'agriculture.

De même, les agricultrices et agriculteurs ne peuvent pas à eux seuls réduire l'impact de l'agriculture sur le climat, même si ce sont eux qui élèvent, par exemple, les animaux émetteurs de méthane. Réduire l'élevage en Suisse n'aura pas beaucoup d'effet si les consommatrices et consommateurs ne font pas leur part en mangeant moins de viande. S'ils maintiennent leurs habitudes de consommation actuelles, toute réduction de la production de viande suisse sera compensée par une hausse des importations. La grande distribution doit aussi cesser d'encourager la surconsommation de viande en cassant les prix, en particulier en soldant de la viande importée.

Une vision globale est donc indispensable, à l'image de ce qui se fait en Europe dans le cadre de la stratégie De la fourche à la fourchette. Mais, justement, nous ne pouvons pas nous limiter à notifier de tels constats dans un rapport. Ceux-ci doivent être suivis de mesures concrètes. Or, c'est bien ce qui nous manque aujourd'hui.

Le Conseil fédéral et la majorité de la commission défendent une Politique agricole à partir de 2022 (PA22+) très minimaliste, remettant à plus tard la mise en oeuvre des pistes intéressantes évoquées dans le rapport et, ce faisant, l'évolution des politiques agricoles actuelles vers de véritables politiques de l'alimentation. Selon le projet qui nous est soumis aujourd'hui, on renoncerait ainsi à des mesures innovantes visant la consommation, la transformation, la distribution ou encore les conditions régissant les importations. On renoncerait en outre à plusieurs mesures favorables à la biodiversité qui étaient prévues dans le projet initial de la PA22+, alors que l'initiative parlementaire 19.475 visant à réduire les risques liés aux pesticides n'épuise de loin pas ce sujet et qu'elle se trouve d'ailleurs déjà attaquée dans son application.

La politique agricole doit en particulier amener l'agriculture à mieux respecter la capacité de charge et de résilience des écosystèmes et mieux s'adapter aux conditions locales, ce qui est le but du nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire. Le projet initial de la PA22+ prévoyait des adaptations dans ce sens, qui ne sont plus présentes dans le projet sur lequel nous votons aujourd'hui.

Enfin, selon le projet actuel, on renoncerait à prendre des mesures favorables au climat, un point sur lequel nous reviendrons lors de la discussion par article. Ceci n'est vraiment pas sérieux! Nous ne pouvons pas attendre 2030 pour engager de manière conséquente notre agriculture dans la lutte contre le réchauffement climatique, alors que la production alimentaire est l'un des secteurs qui pâtit justement le plus violemment des conséquences de ce réchauffement.

L'agriculture et le secteur alimentaire dans son ensemble doivent, comme les autres secteurs économiques de notre pays, contribuer à faire face aux enjeux climatiques qui se précisent. L'agriculture doit, comme les autres secteurs économiques de notre pays, s'adapter pour faire partie de la solution à la crise climatique plutôt que de faire partie du problème.

Ce n'est pas en bloquant l'évolution des politiques agricoles que nous soutiendrons les agricultrices et agriculteurs de notre pays dans leur travail quotidien. Ce n'est pas en reculant aujourd'hui que nous avancerons plus rapidement demain. La pression de la société est là, comme en témoignent les très nombreuses votations qui ont eu lieu ces dernières années sur des sujets agricoles. Notre système alimentaire dans son entier doit évoluer vers plus de durabilité et vers plus de résilience, et ce processus ne peut pas être remis à plus tard.

Les trois étapes proposées par le Conseil fédéral et validées par la majorité de la commission sont beaucoup trop lentes. Nous devons accélérer le rythme. Je vous encourage dès lors à suivre les minorités qui défendent leurs propositions tout à l'heure et qui vont dans ce sens. J'espère que le Conseil national complètera également le projet pour lui permettre de répondre plus rapidement aux défis actuels.

Noser Ruedi (RL, ZH): Ich möchte zuerst dem Kommissionssprecher für das ausführliche Eintretensvotum danken. Ich möchte nichts davon wiederholen.



Wir haben vor rund zwei Jahren die AP22+ hier im Rat sistiert. Es wurde damals gesagt, dass wir die Sache damit auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben, weil wir mit einem Postulat verlangt haben, dass mit einem ausführlichen Bericht eine neue Basis für eine zukünftige Agrarpolitik gelegt wird. Heute diskutieren wir diese im Einklang mit dem Bundesrat. Die Postulatsantworten sind da, und – das darf ich auch noch sagen – in der Zwischenzeit wurde auch die Pestizid-Initiative in Kraft gesetzt. Es ist also eigentlich alles da, was wir damals bei der Sistierungsdebatte versprochen haben.

Was ist die Vision, die wir mit dieser neuen Agrarpolitik erreichen wollen? Ich glaube, hier braucht es eine etwas andere Tonalität als in der Vergangenheit. Sie erinnern sich: Die AP22+ versprach eigentlich, dass die Landwirtschaft weniger produziert, umweltfreundlicher ist, mehr Auflagen erfüllt und am Schluss das Einkommen der Landwirte noch zunimmt, ohne dass es den Staat mehr kostet. Das war ungefähr das Versprechen der AP22+. Das wäre eine Quadratur des Kreises, das geht so einfach nicht auf. Da muss man ehrlich sein, das geht so nicht auf. Darum haben wir jetzt diese Berichte vor uns. Diese Berichte beinhalten meiner Ansicht nach eine neue Zielsetzung für die Agrarpolitik der Schweiz.

Was ist diese neue Zielsetzung? Wenn wir davon ausgehen, dass es in Zukunft eine 10-Milliarden-Welt gibt, dann wird es die Zielsetzung einer Schweizer Landwirtschaftspolitik sein müssen, dass wir versuchen, unsere Bevölkerung möglichst gut, gesund und nachhaltig zu ernähren, und nicht, dass wir die Strategie haben, möglichst nicht intensiv zu sein und möglichst viel zu importieren. Denn das heisst nichts anderes, als anderen Menschen die Lebensmittel wegzukaufen, die sie vielleicht selber brauchen. Das ist die Voraussetzung, die wir in Zukunft erfüllen müssen. Gefragt ist also eine intensive, nachhaltige Landwirtschaftspolitik und nicht eine deintensivierte Landwirtschaftspolitik. Das muss das strategische Ziel sein.

Wie wollen wir das erreichen? Ich möchte auf den Postulatsbericht eingehen und festhalten, dass ich in Zukunft vom Bundesrat erwarte, dass er etwas Neues bringt und nicht wieder das, was wir schon in den letzten zwanzig Jahren gemacht haben.

Auf Seite 6 des Postulatsberichtes, in Ziffer 1, heisst es: "Die Inlandproduktion orientiert sich an der Nachfrage und trägt mit einem diversifizierten Produktionsportfolio netto zu mehr als der Hälfte zur Versorgung bei." Das finde ich ein gutes Ziel, aber man muss hier einfach ein paar Dinge wissen, um zu verstehen, wie man das umsetzen könnte.

Der erste Punkt ist: Die Zielsetzung sieht vor, dass wir einen Eigendeckungsgrad von 60 Prozent haben. Für mich heisst das, dass man in Zukunft eine Landwirtschaftspolitik macht, die in Bereichen, in denen 60 Prozent nicht erreicht werden,

AB 2022 S 1275 / BO 2022 E 1275

"incentives", also Anreize, setzt, in Bereichen dagegen, wo man über 60 Prozent liegt – und solche gibt es: Zucker, Milch, Fleisch usw. –, eben etwas weniger Unterstützung gibt. Das heisst, dass man versucht, eine breitere Ernährungssicherheit für die gesamte Bevölkerung hinzukriegen, dass man aber eben auch sagt, 60 Prozent sind das Ziel und bei 120 Prozent wird nicht mehr gleich subventioniert. Das wäre ein Konzept, das man umsetzen müsste.

Wozu würde das führen? Es würde zu mehr Produkten führen, die sich zum Direktverzehr eignen, und zu weniger Futtermittelproduktion. Es würde zu einem ganz neuen Konzept führen, das einerseits die Nachhaltigkeit beinhalten, andererseits aber auch Erträge für die Landwirtschaft bedeuten würde. Das Konzept würde das Landwirtschaftssystem verändern, weil es dazu führen würde, dass wir den Ackerbau dazu verwenden würden, mehr Produkte zum Direktverzehr zu haben.

Der zweite Punkt ist, dass sich die Landwirtschaft durch eine hohe Wertschöpfung pro Arbeitskraft auszeichnet. Das ist eigentlich eine Folge des ersten Punktes. Wenn es uns wirklich gelingt, durch neue Produkte – die wir heute ja nicht haben, die man aber nun dank des Klimawandels auch bei uns anpflanzen kann – auch neue Märkte zu erschliessen und nicht nur einfach das zu produzieren, was wir als Schweizer fast schon seit dem Rütlichschwur am besten produzieren können, dann werden wir auch Innovationen hervorbringen, und Innovationen werden auch bezahlt.

Sie können ganz viele Produkte, die der Konsument heute täglich essen möchte, auch in der Schweiz produzieren. Sie müssen sie nicht importieren. Es gibt erfolgreiche Ansätze dazu; ich führe das hier nicht länger aus.

Der dritte Punkt ist dann, dass wir das ohne oder mit wenig Pestiziden machen können. Diesen Pfad haben wir aufgesetzt. Da steht das Parlament im Wort, das möchten wir auch möglichst umsetzen. Das müsste in der Innovation dabei sein. Es kann nicht sein, dass wir hier dann neue Kulturen anpflanzen, für die es noch mehr Pestizide braucht, sondern es müssten angepasste Kulturen sein, darin sind wir uns hier eigentlich einig.

Der vierte Punkt ist, dass die Nährstoffflüsse weiter zu optimieren sind. Da ist ganz wichtig, dass wir aufhören,



die Nährstoffflüsse pro Feld zu messen. Nährstoffe folgen einem Kreislauf: Auch das, was wir essen oder nicht essen, also das, was wir wegwerfen usw., all das muss wieder in den Kreislauf zurückgeführt werden. Es kann nicht sein, dass wir auf einer Ackerfläche oder auf einer Landwirtschaftsfläche etwas produzieren und das Produzierte nachher, wenn es gegessen oder nicht gegessen ist, einfach auf eine Halde tun. Das ist kein Konzept.

Wir müssen vor allem diese Nährstoffe, die wir dort verlieren, wieder zurückführen und dann schauen, wo wir zu viele Nährstoffe haben. Das ist die wichtigste Frage. Wir verlieren heute Nährstoffe nicht nur beim Düngen auf dem Feld, das ist eine stark verkürzte Sichtweise. Wir verlieren heute auch sehr viele Nährstoffe in Kehrlichtverbrennungsanlagen und Kläranlagen. Hier müsste man die Kreisläufe schliessen, insbesondere dann, wenn wir etwas unabhängiger von ausländischen Düngern werden wollen.

Noch einmal: Meine Vision ist eine intensive, nachhaltige Landwirtschaft, die der Welt aufzeigt, wie man die Bevölkerung umfassend und gleichzeitig nachhaltig ernähren kann, und nicht eine Landwirtschaft, die aufzeigt, wie die Schweiz im Paradies leben kann und die Lebensmittel dafür importiert.

Zum fünften Punkt: "Die Lebensmittelverluste von der Produktion bis zum Endkonsum werden gegenüber 2020 um drei Viertel reduziert." Wenn man diese Kreisläufe schliesst, wird man sehen, wo zu viele Lebensmittel im Kreislauf vorkommen und wo man Lebensmittel fortwirft. Dort könnte man dann ansetzen. Ehrlicherweise setzt man aber beim Konsumenten oder bei der Verarbeitung an, nicht unbedingt beim Bauern.

Der sechste Punkt scheint mir auch ganz wichtig zu sein: "Die Bevölkerung ernährt sich gesund, ausgewogen und nachhaltig." Hier ist etwas ganz, ganz Wichtiges enthalten, das so nicht wortwörtlich im Bericht steht. Was aber nicht mehr geht, ist, dass der Stimmbürger an der Urne etwas bestellt und der Konsument, der schlussendlich die gleiche Person ist, etwas ganz anderes kauft. Das geht nicht. In Zukunft sollte auch der Mut vorhanden sein, den Konsumenten anzusprechen. Ich persönlich wäre da für Freiheiten. Wenn man der Ansicht ist, dass zu viel Fleisch gegessen wird, heisst das nicht, dass der Bauer weniger Fleisch produzieren muss, sondern man müsste schauen, dass weniger Fleisch gekauft wird. Dann wird nämlich auch das Richtige produziert.

Man kann nicht auf dem Bauern herumreiten und sagen, er mache alles falsch, und nachher geht der Konsument frisch und fröhlich im Ausland einkaufen. Das wird nicht funktionieren. Es ist zwar nicht meine Philosophie, aber wenn Sie die Konsumenten beeinflussen wollen, damit sie etwas anderes kaufen als heute: Tun Sie das, machen Sie Sensibilisierungskampagnen usw. Das ist richtig. Aber die Produzenten sollen produzieren, was der Konsument schlussendlich kauft. Das ist der Grundsatz, der hier stehen soll, das muss hier sein.

Dann gibt es noch einen weiteren Punkt: Wir möchten, dass der Landwirt über ein vernünftiges Einkommen verfügt.

Es kommt ein wichtiger prozeduraler, nicht inhaltlicher Punkt hinzu. Man kann keine Landwirtschaftspolitik machen, die wie folgt funktioniert: Es wird eine Agrarpolitik verabschiedet. Danach werden während vier Jahren in beiden Räten Motionen eingereicht. Nach vier Jahren setzt der Landwirtschaftsminister diese Motionen in einer neuen Agrarpolitik um, mit einem neuen Gesetz, mit neuen Finanzierungsmechanismen, und dann läuft das wieder vier Jahre. Wenn man so arbeitet, wird das nur dazu führen, dass die Probleme zunehmen und Lösungen erschwert werden. Es braucht einen langfristigen Blick auf die Agrarpolitik. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass es nicht angeht, das Gesetz mit jeder Finanzierungsbotschaft zu ändern. Das führt einfach zu nichts.

Sie können nicht alle vier Jahre neue Gesetze machen. Wir müssen die Finanzierung und die Landwirtschaftsgesetzgebung trennen und den Mut haben, vielleicht das eine oder andere in kleinen Schritten umzusetzen. Der lange Weg, also wie etwas gemacht und umgesetzt wird, muss mit der Amortisierung der Investition übereinstimmen. Sie können nicht in der Agrarpolitik 2014–2017 neue Ackerbauflächen definieren, Sie können nicht dort die Fruchtfolgeflächen neu definieren, alles neu machen und dann vier Jahre später sagen, jetzt müssen 10 Prozent der Ackerbaufläche anders genutzt werden. Das funktioniert einfach nicht. So werden Sie nur Einkommen zerstören, aber nicht Einkommen generieren.

Ich komme zum letzten Punkt. Ich bin felsenfest überzeugt: Wir werden nur eine nachhaltige, intensive Landwirtschaft haben, wenn sie innovativ ist. Wenn sie die Digitalisierung nutzt, wenn sie neue Ideen nutzt, wenn sie neue Pflanzenzüchtungen nutzen darf, wenn sie wirklich alle Möglichkeiten hat, die Innovationen auch zu nutzen, dann wird das Einkommen in der Landwirtschaft steigen, dann werden wir den Eigenversorgungsgrad erhöhen und in der Schweiz eine eigene Marktwirtschaft für diese Produkte haben. Dann wird das funktionieren.

Ich komme noch zu einem allerletzten Punkt. Das möchte ich hier deutsch und deutlich sagen, und zwar als jemand, der an den Markt glaubt: Ich bin überzeugt, Sie können die Produkte in der Schweiz einfach nicht zum Weltmarktpreis produzieren. Das wird nicht gehen. Das heisst, wir brauchen, wie wir das zum Teil beim Getreie-



de und bei anderen Sachen haben, einen gewissen Mechanismus, der bewirkt, dass die Mehrkosten, die wir in der Schweiz haben, auch abgegolten werden. Dazu müssen wir stehen, das glaube ich als Wirtschaftsvertreter sowieso. Sie können ein Rüebli im Kanton Aargau nicht zum gleichen Preis wie in Polen produzieren. Das funktioniert einfach nicht, alleine schon deshalb, weil das Landwirtschaftsland viel teurer ist, weil die Arbeitskräfte teurer sind und weil die Energie und ganz viele andere Dinge ebenfalls teurer sind. Diesen Ausgleich müssen wir zugestehen, weil wir nicht nur von einer Lieferkette im Ausland abhängig sein wollen. Darum bitte ich Sie, hier dem Mehrheitsantrag zu folgen. Den Bundesrat rufe ich insbesondere dazu auf, die Postulate ernst zu nehmen und in der Agrarpolitik 2027 oder 2028 auch wirklich eine neue Landwirtschaftspolitik vorzusehen.

AB 2022 S 1276 / BO 2022 E 1276

Salzmann Werner (V, BE): Besten Dank für diesen Bericht, der, denke ich, die richtige Stossrichtung hat. Ich danke auch für das Votum von Kollege Noser, das ich grösstenteils voll unterstützen kann.

Ich möchte noch einige Punkte unterstreichen. Was ist unsere Staatsaufgabe? Unsere Staatsaufgabe ist es, die Ernährungssicherheit zu garantieren. Dort müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Wir haben in der Landwirtschaft immer davon gesprochen, was die Grundlagen sind, um zu produzieren. Das sind der Boden, das Kapital und die Arbeit.

Zum Boden: Der Bundesrat spricht in seinem Bericht "Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik" davon, dass mit zunehmendem Bevölkerungswachstum der Selbstversorgungsgrad nur gehalten werden könne, wenn der Landwirtschaftsboden qualitativ und quantitativ erhalten werden könne. Aber ich sehe eigentlich keine Massnahmen in diesem Bericht, ich sehe nicht, wie das geschehen soll. Es wird nichts gesagt über das Bevölkerungswachstum, es wird nichts darüber gesagt, wie die Verbesserung der Bodenqualität fachlich unterstützt werden soll; ich komme dann bei meinem Vorstoss darauf zurück.

Zur Arbeit, zu den Bauernfamilien: Was ist der Zustand der Bauernfamilien? Der Bundesrat hat es grob beschrieben. Viele Betriebe erzielen heute den Vergleichslohn nicht. Sie können also kein Einkommen erzielen, mit dem die Existenz ihrer Betriebe gesichert werden kann. Das ist die Ausgangslage. Was bedeutet das? Die Nachfolgeregelungen sind nicht gesichert. In der Schweiz verschwinden immer noch jedes Jahr 1 bis 2 Prozent der Betriebe. Wohin will der Bundesrat mit seiner Politik? Zu 0 Prozent Betrieben in der Schweiz? Ich lese nichts über die Struktur der Familienbetriebe, die in der Schweiz erhalten werden müssten.

Für mich auch sehr wichtig ist die Frage der Arbeitsbelastung. Es gibt immer noch eine überdurchschnittliche Arbeitsbelastung in diesen Betrieben; der Bundesrat schreibt das auch. Diese Arbeitsbelastung und die tiefen Einkommen führen zu schlechten Nachfolgeregelungen und natürlich auch zu psychischem Druck für die Betriebsleiter. Es gibt in der Landwirtschaft immer noch eine sehr hohe Suizidrate.

Wenn wir die Einkommen genau anschauen und sehen, wie die Preise gestaltet werden, dann merken wir, dass wir uns in einem absoluten Zielkonflikt befinden, wenn wir glauben, dass die Bauern Weltmarktpreise erzielen müssen, um ihre Einkommen zu sichern. Das hat Ruedi Noser richtig gesagt. Der Grenzschutz ist deshalb absolut zentral, damit die Schweizer Landwirtschaft überhaupt existieren kann. Diesen Grenzschutz in der Landwirtschaft dürfen wir nicht abbauen. Wir haben geholfen, die Industriezölle wegzurationalisieren, aber in der Landwirtschaft dürfen wir das nicht tun, sonst haben wir in der Schweiz keine Landwirtschaft mehr. Diese gesamtheitliche Definition fehlt mir in diesem Bericht. Viele richtige Punkte sind aufgeführt, aber der Bauer im Zentrum, wie er sich entwickeln kann und entwickeln soll, ist für mich hier nicht erfasst. Deshalb bitte ich den Bundesrat, im nächsten Schritt dieses Thema ins Zentrum zu stellen.

Zanetti Roberto (S, SO): Ich hatte nicht realisiert, dass man den Postulatsbericht und die AP22+ gemeinsam behandelt. Ich versuche mich daran zu halten, dass in diesem Rat nichts wiederholt werden soll. Ich muss gestehen, dass der Berichterstatter der Kommission sowie meine Kollegen Ruedi Noser und Werner Salzmann alle wirklich sehr viel Kluges und Gescheites gesagt haben. Dem will ich nichts beifügen. Ich nehme einfach die Stichworte, die Ruedi Noser ein paarmal erwähnt hat: Intensiv und nachhaltig soll unsere Landwirtschaft sein.

Auf den ersten Blick kann das wie ein Widerspruch tönen. Kurzfristig ist es vielleicht sogar ein bisschen ein Widerspruch. Aber auf lange Sicht, und das schreibt auch der Bundesrat in seinem Bericht, ist eine landwirtschaftliche Produktion nur möglich, wenn die Grundlagen, die Grundressourcen, geschont werden. Boden und Wasser müssen schonend genutzt werden, und die Produktion muss klima-, umwelt- und tierfreundlich erfolgen. Das steht auch in der Medienmitteilung. Der Bundesrat zeigt, dass die Landwirtschaft à la longue nur ökologisch sensibel funktionieren kann.

Wir sind uns alle einig, dass im Moment gewissermassen ein Marschhalt gemacht wird. Mit der seinerzeitigen



Sistierung der AP22+ hat man eine Denkpause gemacht, und zwar nicht eine Pause vom Denken, sondern eine Pause, um nachdenken zu können. Man hat diesen Bericht geschrieben, und man will jetzt auf längere Sicht die Agrarpolitik neu ausrichten. Da bin ich mit Ruedi Noser einverstanden: Wir können nicht alle zwei, drei, vier Jahre eine Neubeurteilung vornehmen – dann haben die Leute keine Planungssicherheit –, sondern da gilt es wirklich, einen weiten Wurf zu machen. Wir sprechen hier von der Zielgrösse 2050.

Jetzt haben wir also diesen Marschhalt, um dann die Agrarpolitik à fond neu entwickeln zu können. Wir sind irgendwie verpflichtet, den Bäuerinnen und Bauern an diesen Weggabelungen einen Wegweiser aufzustellen, ihnen zu sagen: Der Marsch wird weitergehen, das Fernziel haben wir definiert, und jetzt sagen wir euch, dass ihr diese Weggabelung nehmen müsst. Das hat mich dazu bewogen, bei dieser Vorlage zwei Minderheitsanträge zu stellen. In wesentlichen Punkten ist sich die Kommission einig. Es stellt sich einfach die Frage: Was sagen wir bei diesem Marschhalt den Leuten, die Investitionsentscheide fällen müssen? Wohin soll die Reise gehen?

Nehmen wir die Fleischproduktion. Wenn wir intensivieren wollen: Wir wissen, wie man die Fleischproduktion intensivieren kann. Wir rühmen uns, eines der besten Tierschutzgesetze der Welt zu haben. Darauf bin ich auch stolz. Das hat auch bei der Massentierhaltungs-Initiative die entsprechenden Auswirkungen gehabt. Wenn man jetzt die Tierhaltung mit Blick auf 2050 verändern will, dann gibt es verschiedene Möglichkeiten. Eine wäre, dem Tierwohl mindestens gleich stark oder allenfalls sogar stärker Rechnung zu tragen; eine andere wäre zu sagen, wir intensivieren. Das hiesse engere Stallhaltungen, intensivere Käfighaltung oder was auch immer. Hier bin ich der Meinung, dass wir den Bäuerinnen und Bauern eine Wegrichtung geben, eine Wegmarke setzen müssen. Deshalb, noch einmal, habe ich diese Minderheitsanträge eingereicht.

Ich werde mich dann im Rahmen der Detailberatung zur AP22+ bei der Begründung meiner Minderheitsanträge zurückhalten, aber bei der Idee dahinter – einfach, damit das klar ist – geht es nicht um zusätzliche Schikanen oder zusätzliche Komplikationen für unsere Landwirtschaftsbetriebe, sondern wirklich nur darum, ihnen aufzuzeigen: Ihr müsst euch entwickeln, und die Richtung der Entwicklung, die geben wir euch jetzt politisch vor, damit dann zu gegebener Zeit auch mit finanziellen Mitteln unterstützt werden kann. Bei der ganzen Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt wissen wir alle, dass wir da nicht mithalten können. Um den Leuten ein anständiges Einkommen garantieren zu können, werden wir nicht darum herumkommen, mit staatlichen Mitteln oder über die Förderung der Kaufkraft – das haben wir gestern zwar verpasst – den Produzenten entsprechende Lebensmittelpreise offerieren zu können. Ich werde dann bei der Detailberatung kurz darauf zurückkommen.

Ansonsten bin ich eigentlich recht zuversichtlich, dass die Marschrichtung, die der Bundesrat mit einem doch relativ weiten Zeithorizont aufzeigt, richtig ist. Wir müssen den Weg, den wir vor uns haben, dann einfach auch zügig beschreiten.

Germann Hannes (V, SH): Ich kann es auch kurz machen, wie mein Vorredner, Roberto Zanetti. Mir ist es auch so ergangen.

Zum Bericht, der doch das Zukunftsbild der Landwirtschaft aufzeigt, noch ein, zwei Bemerkungen: Bei der Agrarpolitik lehne ich mich an die Ausführungen des Kommissionspräsidenten an, der das sehr gut gemacht hat; auch den Einwürfen von Kollege Noser kann ich mich nahtlos anschliessen. Ich wiederhole nichts davon. Ich verweise einfach auf die ehrgeizigen Zielsetzungen: Mit der Inlandproduktion sollen wir mehr als die Hälfte selber produzieren, heute war von 60 Prozent die Rede. Das ist gut, das begrüsse ich, aber dazu müssen die Massnahmen am Schluss natürlich schon auch mit dem Ziel übereinstimmen. Und da bin ich nicht sicher, ob das so

AB 2022 S 1277 / BO 2022 E 1277

ist, zumindest zeigt die heutige Vorlage nicht unbedingt in diese Richtung.

Der Bundesrat hält im Postulatsbericht als Ziel fest, dass sich die Landwirtschaft durch eine hohe Wertschöpfung pro Arbeitskraft auszeichnet: Die Arbeitsproduktivität soll gegenüber 2020 um 50 Prozent steigen. Das ist in der Landwirtschaft doch relativ viel, aber hier bin ich etwas zuversichtlicher, zumindest was die Zielsetzungen betrifft. Innovationsförderung ist wichtig, das ist in der Botschaft drin, die Unterstützung der Digitalisierung und weitere Massnahmen.

Was etwas dagegen spricht, und hier schlage ich nochmals eine Brücke zur Vorlage, über die wir heute befinden: Bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln haben wir mit dem Verbandsbeschwerderecht schon einen starken Hemmschuh. Ich stelle fest: In der Europäischen Union werden Mittel, die aufgrund der neuen Methoden als gefährlich erkannt werden, relativ schnell verboten, vom Markt genommen. Im Gegenzug wird dort aber immer auch ein neues Mittel, ein Ersatzmittel vorgelegt. Hier müssen wir, meine ich, über unseren Schat-



ten springen und flexibler werden. Was die deutschen, französischen oder die benachbarten österreichischen Böden nicht kaputt macht, sollte auch für die Schweizer Böden nicht schädlich sein. Hier ist etwas mehr Offenheit gefordert. Dass diese Offenheit noch nicht besteht, bedauere ich, es ist eigentlich ein Schritt nach hinten. Ansonsten finde ich aber trotzdem, dass die strategischen Stossrichtungen insgesamt stimmen, so, wie sie der Bundesrat zeichnet.

Ich bitte Sie, bei der Agrarpolitik jeweils den Anträgen Ihrer Kommissionsmehrheit zu folgen, dann sind wir auf einem guten Pfad. Ab der nächsten Vorlage zur Agrarpolitik machen wir es dann besser und ändern nicht alle vier Jahre das Gesetz, auch diese Ansicht teile ich mit Kollege Noser. Das bringt zu viel Unsicherheit. Wenn investiert wird, ist das für eine Generation, ist das für 20, 25 Jahre, bei Gebäuden für 50 Jahre. Da kann man nicht alle vier Jahre wieder alles über den Haufen werfen. Das ist zur Erreichung der strategischen Zielsetzungen, die ich insgesamt sehr unterstütze, nicht tauglich.

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Ich erinnere Sie daran, dass wir auch die Diskussion zum Geschäft 22.068 in die Eintretensdebatte zu den Vorlagen 1 bis 3 des Geschäftes 20.022 einbeziehen.

Hegglin Peter (M-E, ZG), für die Kommission: Ich möchte noch eine Präzisierung vornehmen. Ich habe in meinem Eintretensvotum die Motion Salzmann 19.3447, "Nationales Kompetenzzentrum zur Bodenverbesserung des ackerfähigen Kulturlandes (Bodenverbesserung FFF)", erwähnt. Das ist mir reingerutscht. Diese Motion wird nicht im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft behandelt. Wir haben aber in der Kommission sehr wohl über den Boden und die Bodenfruchtbarkeit gesprochen, wie es Kollege Salzmann vorhin erwähnt hat.

Die Kommission hat da zur Kenntnis genommen, dass wir diesbezüglich schon vieles beschlossen haben, so zum Beispiel die parlamentarische Initiative 19.475, auch im Zusammenhang mit Forschungsaktivitäten der Agroscope, welche in diesem Bereich unterwegs ist, oder auch bei der Förderung der Bodenfruchtbarkeit über die Beratung und Ausbildung der Landwirte. Ich glaube, diesbezüglich unternehmen wir sehr viel. Wenn man noch mehr unternehmen möchte, sollte das gemäss den Perspektiven 2050 vorgenommen werden.

Noch zur Frage der Strukturen, der Einkommen und der Arbeitsbelastung: Der Bundesrat schreibt in seinem Postulatsbericht, die Arbeitsproduktivität solle bis ins Jahr 2050 gegenüber 2020 um 50 Prozent gesteigert werden. Wie ich eingangs erwähnt habe, finde ich, das ist ein sehr hohes Ziel. Die Frage ist, ob es erreicht werden kann. Dass die Produktivität zunehmen soll, ist dem Ziel einer stärkeren Wettbewerbsfähigkeit geschuldet. Die Schweiz ist nicht isoliert unterwegs; unsere Landwirtschaft steht auch in Konkurrenz zu Importprodukten. Wird die Preisdifferenz zu gross, könnte das negative Folgen auf die schweizerische Lebensmittelproduktion haben. Ich glaube, wir haben hier grosse Herausforderungen. Ob die Ziele wirklich erreicht werden können, ob eine sozial verträgliche Umsetzung erreicht wird, ist in einem nächsten Schritt vertiefter zu prüfen. Was ich aber absolut bestätigen möchte, und das hat sich auch in der Kommission gezeigt, ist, dass Kontinuität etwas vom Wichtigsten ist. Es wäre falsch, alle vier Jahre die Stoss- oder Zielrichtung zu ändern.

Graf Maya (G, BL): Ich entschuldige mich, ich bin ein bisschen zu spät. Ich würde unserer Diskussion sehr gerne noch ein paar Worte zum Postulatsbericht des Bundesrates hinzufügen. Ich begrüsse und unterstütze ihn sehr. Es freut mich besonders, dass er einen Pfad aufzeigt, den ich schon seit vielen Jahren verfolge. Als ich noch nicht Mitglied des Ständerates war, wurde mit Artikel 104a die Ernährungssicherheit bereits in der Bundesverfassung festgeschrieben.

Betrachten wir nun die Empfehlungen bzw. die Auslegungen des Bundesrates mit den folgenden Stossrichtungen:

Eine erste Stossrichtung zielt darauf ab, eine resiliente Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Das heisst, dass die Produktionsgrundlagen wie Böden und Wasser schonend genutzt werden müssen. Sie garantieren die zukünftige Produktion unserer Lebensmittel, unseres Essens. Dazu müssen gerade die Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebensmittelproduktion unbedingt viel früher intensiv angeschaut werden. Es braucht eine sehr gute Vorbereitung, sei es beim Wassermanagement, sei es, um die Böden fruchtbar zu halten. Dazu werden wir auch noch Anträge beraten.

Gemäss einer zweiten Stossrichtung soll die klima-, umwelt- und tierfreundliche Lebensmittelproduktion gefördert werden. Wir haben gehört, dass hier auch die Förderung der erneuerbaren Energien in der Landwirtschaft ein ganz wichtiger Punkt ist.

Zu einer weiteren Stossrichtung, zum nachhaltigen Konsum: Wie Kollege Noser sehr richtig und gut gesagt hat, sind hier die Konsumentinnen und Konsumenten gefragt. Die ganze Kette – vom Acker bis zum Teller – muss geschlossen werden. Das ist ein Kreislauf. Wir kommen hier zur Feststellung, dass eine gesunde, ausgewogene Ernährung mit Lebensmitteln, die in der Schweiz produziert werden, diesen Kreislauf schliesst.



Genau bei diesem Punkt möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Bürgerinnen- und Bürgerrat, von dem Sie im Zusammenhang mit dem Thema Ernährungspolitik sicher gehört haben, Empfehlungen für eine umfassende, nachhaltige Ernährungspolitik an uns, an die Politik, gerichtet hat, und zwar genau zur Diskussion, die wir hier führen. Für den Bürgerinnen- und Bürgerrat für Ernährungspolitik wurden 80 Personen ausgewählt. Diese haben sich mehr als ein halbes Jahr intensiv mit dem Thema beschäftigt. Viele hatten sich davor noch nicht mit Ernährung beschäftigt. Der Bürgerinnen- und Bürgerrat hat uns Empfehlungen gegeben, die, auf den Punkt gebracht, von der eigenen Gesundheit ausgehen und eine Ernährungspolitik in den Mittelpunkt stellen, die auch von einem gesunden Ökosystem ausgeht. Ich denke, wir sind sehr gut beraten, diese Empfehlungen in unseren weiteren Beratungen aufzunehmen und die Bevölkerung, die Bürgerinnen und Bürger, einzubinden. Ich sage immer, wir brauchen heute eigentlich nicht mehr Konsumentinnen und Konsumenten, sondern Bürgerinnen und Bürger, die beim Einkaufen Verantwortung übernehmen und damit beeinflussen, wie in Zukunft Lebensmittel produziert werden.

Hier komme ich zu meinem letzten Punkt. Ich möchte Sie und vor allem auch den Bundesrat bitten, den Schritt vorzuziehen, bei dem es darum geht, wie es der Bundesrat vorschlägt, eine Auslegeordnung 2025/26 mit einem weiteren Fokus auf das gesamte Ernährungssystem zu machen. Ich möchte Sie bitten, das viel schneller zu machen. Ich denke, wir haben jetzt nicht Zeit genug – Ihre Kommission hat ja mit ihrer Motion einen Fokus gelegt –, um noch bis 2030 mit einer Umsetzung zu warten, weil wir das ganze Ernährungssystem heute schon in die Entscheide mit einbeziehen müssen. Dann können sich auch die Branchen und die Bauernfamilien darauf einstellen.

Schlussendlich möchte ich Sie, Herr Bundesrat, auch in Bezug auf denjenigen Schritt befragen, in dem Sie uns

AB 2022 S 1278 / BO 2022 E 1278

vorschlagen, die internationalen Handelsbeziehungen müssten zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen: Damit sind wir bei den Importen angelangt. Hier möchte ich noch einmal auf Artikel 104a zur Ernährungssicherheit hinweisen. Dieser wunderschöne Artikel steht in der Bundesverfassung. Buchstabe d lautet: "grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen". Diese Bestimmung sollten wir umsetzen. Wir sollten hier nicht mehr zu viel Zeit verstreichen lassen, denn wie wir in der Schweiz essen und einkaufen, beeinflusst auch, wie andere Menschen zu leben haben, wie dort, wo sie leben, die Böden aussehen und wie die Ernährungssicherheit in diesen Ländern ist. Darum haben wir hier, insbesondere auch bei importierten Lebensmitteln, eine grosse Verantwortung in Bezug auf die Nachhaltigkeit, auf den Klimaschutz und auf die Umweltsituation vor Ort.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Nous reprenons aujourd'hui la discussion sur la Politique agricole à partir de 2022 (PA22+).

Durant les sessions d'hiver 2020 et de printemps 2021, le Parlement avait suspendu la discussion concernant la PA22+ et il avait, dans la foulée, demandé un rapport faisant un état des lieux des systèmes alimentaires et, surtout, donnant une direction sur le long terme au secteur agricole.

Entre-temps, cela a été dit par plusieurs d'entre vous, le rapport a été adopté par le Conseil fédéral. Vous avez sur la table différents éléments qui vous permettent de décider de la suite à donner à la Politique agricole à partir de 2022. En raison du grand intérêt du public pour l'orientation future de la politique agricole, différents représentants de l'agriculture et du secteur agroalimentaire suisse ont été associés au processus.

Maintenant, je vais très brièvement vous présenter les points essentiels du rapport. Le rapporteur de la commission, Peter Hegglin, a déjà fait un large tour d'horizon; je le remercie pour la précision de son rapport.

Dans le rapport, le Conseil fédéral esquisse les perspectives à long terme pour l'agriculture suisse. Il tient ainsi compte d'une exigence centrale des deux postulats, à savoir que le rapport doit comprendre une stratégie qui dépasse l'horizon temporel de la Politique agricole à partir de 2022. Dans son rapport, le Conseil fédéral constate que l'agriculture et le secteur agroalimentaire suisse ont fait un pas dans la bonne direction ces dernières années. Notre agriculture, il faut le relever et insister sur ce point, est résiliente, elle est productive. Durant les trente dernières années, la population a augmenté de 30 pour cent, et notre taux d'autosuffisance est resté relativement stable.

Dans son rapport, le Conseil fédéral esquisse aussi une projection de ce que devrait être le secteur agroalimentaire à l'horizon 2050. Cette projection vise d'une part à définir les objectifs ambitieux pour le développement de l'agriculture et du secteur agroalimentaire, et d'autre part à offrir aux acteurs de ces secteurs des perspectives favorables.

D'ici à 2050, nous voulons continuer à produire plus de la moitié des denrées consommées en Suisse. La productivité de notre agriculture doit être augmentée de 50 pour cent par rapport à ce qu'elle était en 2020,



mais les émissions de gaz à effet de serre liées à la production sont réduites de 40 pour cent par rapport à 1990, et les émissions de gaz à effet de serre liées à la consommation sont réduites elles aussi d'au moins deux tiers par rapport à 2020.

En fait, la vision du Conseil fédéral à l'horizon 2050 peut tenir en une seule phrase: la sécurité alimentaire grâce à la durabilité, de la production à la consommation. Pour atteindre une sécurité alimentaire basée sur un développement durable, le Conseil fédéral a défini quatre objectifs stratégiques.

Le premier axe est la garantie de la stabilité de l'approvisionnement alimentaire. Cela répond à l'intervention de M. le conseiller aux Etats Salzmann.

Le deuxième axe défini par le Conseil fédéral est l'encouragement d'une production respectueuse de l'environnement et des animaux. Nous sommes aujourd'hui déjà à la pointe dans ce domaine, mais notre agriculture doit conserver et développer ce leadership. Nous avons déjà pris des mesures concrètes avec le train d'ordonnances en application de l'initiative parlementaire 19.475, "Réduire le risque de l'utilisation de pesticides".

Le troisième axe stratégique est le renforcement de la création de valeur de manière durable et l'amélioration de la compétitivité des secteurs agricole et agroalimentaire. Cela va dans la direction des questions soulevées par M. le conseiller aux Etats Ruedi Noser. Vous le savez, la réduction de la charge administrative est un point qui me tient tout particulièrement à coeur. Des pistes sont possibles, elles ont été identifiées, grâce à la numérisation ou à la simplification, par exemple, du système des paiements directs.

Enfin, le quatrième et dernier axe défini par le Conseil fédéral est une consommation durable et saine. Comme les familles paysannes, les consommatrices et consommateurs jouent un rôle clé. Cela a été soulevé par de nombreuses personnes de ce côté de l'hémicycle, mais je crois que c'est une vision que l'on doit avoir globalement. Ce n'est pas à la politique de dire ce qu'il faut manger. Le rôle des autorités est essentiellement d'informer objectivement. C'est aux consommateurs d'être cohérents. L'information peut amener à cette cohérence.

Selon le Conseil fédéral, les trois étapes suivantes doivent permettre de mettre en oeuvre la stratégie et donc d'atteindre les objectifs à l'horizon 2050.

La première étape, c'est de mettre en oeuvre de manière cohérente l'initiative parlementaire 19.475. Cela permet de réduire encore l'empreinte écologique. Les modifications entreront en vigueur en 2023.

La deuxième étape, c'est de mettre en oeuvre la PA22+ avec des adaptations. De cette manière le Conseil fédéral entend améliorer de façon ciblée les conditions-cadres économiques mais aussi sociales.

La troisième étape, c'est de concrétiser la future politique pour une agriculture et un secteur agroalimentaire durables.

Afin d'atteindre les objectifs fixés d'ici 2050, le Conseil fédéral prévoit un développement avec les priorités suivantes. L'accent doit être mis sur l'ensemble du système alimentaire; c'est une nouveauté. On ne le relève peut-être pas assez souvent: on s'est toujours focalisé sur la production, pas assez sur l'ensemble du système alimentaire. Pour atteindre les objectifs, il faut miser aussi davantage sur la responsabilité individuelle des branches. Enfin, les relations commerciales doivent contribuer au développement durable de l'agriculture et du secteur agroalimentaire.

Je voudrais tirer quelques conclusions de ce rapport. Premièrement, l'évolution depuis le lancement de la réforme de la politique agricole au début des années 1990 va en principe dans le sens souhaité. La PA22+ s'inscrit bien dans ce cadre; elle sera donc mise en oeuvre avec les adaptations esquissées. Et pour atteindre les objectifs fixés d'ici à 2050, il est nécessaire de poursuivre le développement en mettant l'accent sur les points mentionnés.

En ce sens, je vous prie de prendre acte du rapport en réponse aux différents postulats mentionnés et d'entrer en matière sur les projets 1 et 3.

J'en viens maintenant à la PA22+ proprement dite. Par la voie de l'initiative parlementaire 19.475, des éléments clés de la PA22+ ont déjà été mis en oeuvre dans le domaine de l'écologie. Cela concerne, à l'échelon de la loi, la trajectoire de réduction des risques pour les éléments fertilisants de l'article 6a et l'obligation de communiquer les livraisons d'éléments fertilisants de l'article 164a. A l'échelon de l'ordonnance, le train d'ordonnances relatif à l'initiative parlementaire 19.475 a en outre permis de mettre en oeuvre un certain nombre de mesures dans le domaine des prestations écologiques requises et des contributions aux systèmes de production qui avaient été mentionnées dans le cadre du message sur la Politique agricole à partir de 2022.

Les mesures restantes de la PA22+ soutiennent en principe les stratégies à long terme du rapport sur les postulats. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral recommande dans son rapport de mettre en oeuvre la PA22+ avec certaines adaptations. Celles-ci ont été largement soutenues par votre commission. Vous les retrouverez dans le dépliant:



AB 2022 S 1279 / BO 2022 E 1279

– renoncer à certains changements concernant les paiements directs. Cela concerne notamment l'introduction de paiements directs pour les personnes morales, les modifications prévues des prestations écologiques requises ainsi que les contributions aux systèmes de production pour la santé animale;

– renoncer aussi à faire passer de 3 à 2,5 le nombre maximal des unités de gros bétail dans la loi sur la protection des eaux.

La raison de ces deux recommandations est que, du point de vue du Conseil fédéral, de nombreuses mesures efficaces ont déjà été décidées dans le domaine écologique avec l'initiative parlementaire 19.475. Il n'y a pas lieu notamment d'augmenter encore la complexité du système des paiements directs.

La révision du droit foncier rural doit être découplée de la PA22+. Cela permet de réduire l'ampleur et la complexité de la PA22+ et cela permet aussi au Parlement d'examiner rapidement les parties restantes de la PA22+. C'est exactement ce que vise la motion 22.4253 de votre commission.

J'en arrive aux conclusions; je reviendrai sur les propositions de votre commission et sur celles des minorités. Quatre interventions sont encore en discussion: les motions de la commission 22.4251, "Rapport sur l'orientation future de la politique agricole. Concrétisation de la ligne stratégique", et 22.4253, "Découplage du droit foncier rural de la mise en oeuvre de la PA22+". Elles mettent en oeuvre les recommandations du Conseil fédéral selon les rapports des postulats 20.3931 et 21.3015. Je vous recommande donc d'adopter ces deux motions. Par contre, le Conseil fédéral recommande de rejeter le postulat de la commission 22.4252, "Concurrence sur le marché de l'alimentation", et la motion Gapany 21.4186, "Assurance récolte à mettre en place au plus vite", parce qu'ils ne sont plus nécessaires, la demande est directement mise en oeuvre au travers de la PA22+.

Vous me permettez peut-être encore d'évoquer brièvement quelques points des interventions qui ont été faites par certains membres du conseil. Madame Thorens Goumaz et Monsieur Zanetti, vous faites un constat peut-être un peu sévère selon lequel il n'y aurait pas de mesures innovantes, que cela resterait minimaliste. C'est peut-être vrai, mais à l'impossible nul n'est tenu: puisque la politique agricole a été suspendue, il a fallu trouver un biais, et je pense que celui-ci consiste à initier une politique des petits pas qui va quand même dans la bonne direction pour donner des perspectives. L'alternative aurait été d'essayer de forcer et de n'arriver à rien du tout, de tout remettre à plat avec un nouveau projet qui aurait pris du temps, donné lieu à une large consultation, et je pense que nous ne serions pas arrivés aux objectifs que nous nous fixons, qui sont, stratégiquement, déjà assez difficiles à atteindre, mais nous espérons et pensons que nous pourrions quand même y arriver.

Quant aux mesures climatiques que vous estimez insuffisantes, je crois qu'il faut voir l'aspect global. En voulant – mais on abordera ce point tout à l'heure – les inclure directement dans le projet, on n'améliore pas la situation. Les objectifs sont contraignants et sont fixés globalement par le Conseil fédéral, pas seulement pour l'agriculture, mais pour toutes les branches.

M. Noser a parlé d'une vision à atteindre et d'une autre tonalité. Il a rappelé le but stratégique du postulat qui est de changer le système agricole. Je crois que l'on va dans ce sens, Monsieur Noser, mais il y a encore beaucoup de travail à faire. Vous avez aussi dit quelque chose de très juste avec votre credo "agriculture intensive et durable": il s'agit de maîtriser les flux de produits, de produire ce qui doit être produit et demandé par le consommateur, de fermer les cycles de production d'effluents, et non pas de mener hypocritement une extensification forcée dans le pays tout en continuant à importer en exportant les nuisances à l'étranger. C'est un challenge et je pense qu'il faudra beaucoup d'efforts de la part de chacune et chacun, au sein du Parlement, pour que l'on arrive à s'engager sur cette voie et à progresser dans cette direction.

M. Salzmann a rappelé la mission principale de l'Etat. Je crois que nous sommes tous d'accord pour dire qu'il s'agit de la sécurité de l'approvisionnement. Vous avez énuméré trois points: le sol, le capital et le travail. Comme je l'ai relevé, jusqu'ici la croissance de la population a permis, avec l'augmentation de l'efficacité de l'agriculture, de maintenir la sécurité de l'approvisionnement à son niveau actuel. Vous avez souligné un point qui nous inquiète aussi, à savoir la succession des entreprises agricoles. Celle-ci n'est de loin pas assurée, et ce, même si l'on a observé dernièrement avec un certain plaisir que les écoles d'agriculture étaient pleines et s'il y a – semble-t-il – un léger regain de motivation dans le domaine de l'agriculture. Mais il reste des conflits d'objectifs que nous devons résoudre et cela va aussi demander beaucoup de travail. Mais nous ferons une réforme agricole avec les paysans; Mesdames et Messieurs, nous ne pourrions pas la faire contre eux. Et nous devrons aussi la faire avec les consommateurs – il faut en être conscient – et aussi avec les citoyennes et citoyens.

Monsieur Zanetti Roberto, vous avez dit que vous reprendriez la parole plus tard. J'y reviendrai aussi dans la



discussion par article.

Mme Graf Maya a parlé de la suite. Cela va un peu dans le sens de ce qu'a dit Madame Thorens Goumaz. Je sens votre impatience. Nous souhaitons aussi avancer rapidement. Il en va aussi de la crédibilité du Parlement. L'essentiel est d'avoir des résultats et de s'engager sur ce chemin. Une fois que nous y serons, je suis sûr qu'avec les évolutions technologiques, les évolutions mécaniques, nous arriverons à donner une perspective à l'agriculture. C'est toujours le premier pas qui est le plus difficile. Là, nous avons fait en quelque sorte un pas en arrière, pour essayer de rassembler le plus de monde possible, de trouver des majorités. J'espère qu'aujourd'hui, dans ce conseil, nous trouverons une majorité. Il restera ensuite le deuxième conseil. Je pense que certaines difficultés surgiront au moment où nous serons au deuxième conseil.

Tout cela pour vous dire que je vous prie de prendre connaissance des différents rapports, d'entrer en matière sur le projet et de suivre, dans la discussion par article, la majorité de votre commission.

Die Beratung dieser Geschäfte wird unterbrochen

Le débat sur ces objets est interrompu